

Der Ruf nach mehr Öffentlichkeit



Chantal Desbiolles, Redaktionsleiterin

Ein echtes Bedürfnis

Wenig ist in Langenthal so intransparent wie der Glaspalast. Leider fehlt diese Einsicht bis heute vor Ort, in der Verwaltung und der Exekutive selbst. Der Gemeinderat beschränkt sich auf Verlautbarungen dessen, was er als für die Öffentlichkeit relevant erachtet: finanzielle Beiträge, Wechsel von Kaderpersonal und Hinweise auf städtische Veranstaltungen. Insofern ist Stadtrat Samuel Köhli beizupflichten, wenn er anspricht, was viele denken: Es werde nur sehr selektiv informiert.

Ein Armutszeugnis für eine Stadt dieser Grösse, die nicht nur den Wert, sondern auch die Bedeutung der proaktiven Kommunikation verkennt. Stattdessen sitzt sie dem Irrglauben auf, sie müsse sich nicht verkaufen.

Der Öffentlichkeit gegenüber schulden die Gewählten Rechenschaft. Sie müssen Zeugnis von ihrer Arbeit ablegen. Als «sachdienlich» sei die Infopoli-

tik bisher erachtet worden, sagte Neo-Stapi Reto Müller im Stadtparlament. Vom bisherigen Gemeinderat, versteht sich. Er klingt dabei ein wenig wie sein Vorgänger Thomas Rufener (SVP). Müllers Aussage, dass die gelebte Praxis «bisher nicht zu grosser Kritik» geführt habe, verwundert. Als Stapi-Kandidat versprach er im Wahlkampf Offenheit und Transparenz – und stiess dabei auf ein echtes Bedürfnis.

Den Bedarf sehen Langenthaler Politiker selbst seit Jahren.

Nicht erst seit die Forderung nach einer professionellen Kommunikationsstelle vor sieben Jahren auf dem Gemeinderats-tisch landete – und nun erneut zur Sprache kam. In Sachen Bürgernähe und Erreichbarkeit läuft Müller seinen Vorgängern bisher den Rang ab. Besser könnte der viel zitierte Zeitpunkt für einen Paradigmenwechsel also gar nicht sein.

chantal.desbiolles@bernerzeitung.ch

LANGENTHAL Die umstrittene Informationspolitik des Gemeinderates veranlasste zu Fragen im Stadtparlament. Die neue Exekutive muss sich mit der Thematik allerdings erst noch auseinandersetzen.

Vier der amtierenden sieben Langenthaler Gemeinderatsmitglieder sind neu im Amt. Eines gehört der Exekutive erst seit Mai 2016 an. Die zuletzt lauter gewordene Kritik an der gemeinderätlichen Informationspolitik richtet sich insofern kaum an das aktuelle Gremium allein. Dass der neue Stadtpräsident Reto Müller (SP) im Wahlkampf mehr Transparenz versprochen hat, dürfte aber mit ein Grund sein, dass diese nun auch offen eingefordert wird. Entsprechende Fragen kamen anlässlich der parlamentarischen Fragestunde am Montagabend denn auch ausschliesslich aus den Reihen derer, die Müller im Wahlkampf unterstützt haben.

Antworten forderte dabei nicht nur EVP-Stadtrat Daniel Steiner. Auch Samuel Köhli (SP) stellte in der aktuellen Informationspolitik Mängel fest. «Es wird nur informiert, was gefällt», monierte Köhli. Zudem beschränkten sich die Informationen auf Medien-

mitteilungen, was diese an sich nur Zeitungslasern, namentlich Abonnenten dieser Zeitung, zugänglich mache. «Das verstösst gegen das Öffentlichkeitsprinzip.»

Stellen für Stellen

Tatsächlich definierte der Gemeinderat zum Ende jeder Sitzung, welche Beschlüsse er kommunizieren wolle und müsse, räumte Müller ein. Das Gesetz verlange eine aktive und ausreichende Information über die Tätigkeiten des Gemeinderats. Wie die Exekutive dem nachkomme, sei indes ihr überlassen. Zumindest aus Sicht des bisherigen Gemeinderats, so Müller, sei diese Informationspolitik stets als «sachdienlich» erachtet worden. Auch für ihn selber hätten diesbezügliche Massnahmen bislang nicht Priorität gehabt.

Insbesondere die Einrichtung einer professionellen Kommunikationsstelle, wie sie schon 2010 in einem Vorstoss gefordert und von Stadtrat Daniel Steiner anlässlich der Fragestunde nun erneut aufgegriffen wurde, ist aktuell offenbar kein Thema. Der Gemeinderat habe bisher die Haltung vertreten, dass das Schaffen neuer Stellen in der Verwaltung

durch das Streichen anderer kompensiert werden müsse, erklärte Müller. «Ich wüsste gerade nicht, worauf wir gegenwärtig verzichten könnten.»

«Ein guter Zeitpunkt»

Im Rahmen der aktuellen Erarbeitung seiner Regierungsrichtlinien werde sich der Gemeinderat aber auch mit der Informationspolitik befassen, sagte Müller bereits im Parlament. «Die gelebte Praxis hat bislang nicht zu grosser Kritik geführt. Jetzt wünscht man sich aber offenbar mehr aktive Informationen vom Gemeinderat», führte er gestern auf Anfrage aus. Es sei daher «ein guter Zeitpunkt», darüber zu diskutieren. Bestandteil dieser Diskussion werde auch sein, künftig alle Gemeinderatsbeschlüsse öffentlich zu machen. Wieso das heute nicht der Fall ist, blieb am Montagabend offen.

Dem Vorwurf Köhli's, Mitteilungen des Gemeinderats seien heute nur Zeitungslasern zugänglich, hält der Stadtpräsident indes entgegen: Medienmitteilungen der Stadt gingen an alle akkreditierten Medien und würden in der Regel auch auf der Website der Gemeinde aufgeschaltet. *Kathrin Holzer*